



**Friedhelm Hengsbach SJ**

## **Der „Marsch“ der EU ins nächste Jahr - voller Risse und Bruchstellen**

In: Aachener Nachrichten, 22. Dezember 2017, Nr. 16, S.2.

Die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich schleppen sich dahin, verknoten sich im Grundsätzlichen, vermeiden konkrete Zusagen und einigen sich auf leere Kompromisse, um Zeit zu gewinnen. Nur so ließen sich britische Zahlungsverpflichtungen, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie das irische Grenzregime in der ersten Runde vage vereinbaren. Auch die zweite Runde bleibt voller Widersprüche: Werden die Briten sich vom EU-Binnenmarkt und einer Zollunion trennen, um eigenständig Freihandelsabkommen mit anderen Staaten zu vereinbaren, oder bleiben sie für eine Übergangszeit dem EU-Recht unterworfen? Beides zugleich lässt die Union nicht zu.

### **Europäische Träume**

Gleichzeitig ist in der Rest-EU auf Grund offener Parlamentswahlen, zäher Sondierungen und überraschender Koalitionen ein politisches Vakuum entstanden. Aber gerade daraus sprudeln fantastische Zukunftsentwürfe einer europäischen Trauminsel. Emmanuel Macron malt ein überwältigendes Szenario in den Wolkenhimmel. Darin fehlt nichts: weder ein EU-Parlament, das aus europaweiten Wahllisten hervorgeht, noch eine EU-Armee oder eine EU-Asylbehörde; für die Eurozone ein Parlament, ein Budget und ein Finanzminister - insgesamt ein Wunschzettel mit 19 Positionen.

Jean-Claude Juncker hatte im September 2017 vor dem EU-Parlament eine Rückrede gehalten. Sein Blick ist auf die EU als Ganze gerichtet. Euro und Binnenmarkt sollen für alle Mitgliedsländer gelten, Finanztransfers die regional ungleichen Lebensverhältnisse einander angleichen. Um das Demokratiedefizit der Union abzubauen, sollen die Institutionen und Kompetenzen gebündelt werden: ein Präsident für Rat und Kommission, ein Wirtschafts- und Finanzminister für EU und Eurozone. Mehrheitsentscheidungen seien unabdingbar. Im November soll ein EU-Gipfel die Gleichrangigkeit wirtschaftlicher und sozialer Rechte proklamieren und gemeinsame Sozialstandards formulieren, etwa gleicher Lohn am gleichen Ort.

Anfang Dezember 2017 präsentierte Juncker den Reformplan einer geeinten und demokratischen Wirtschafts- und Währungsunion: (1) Der bestehende Stabilitätsmechanismus wird in einen EU-Währungsfonds überführt, als Kreditgeber der letzten Instanz. (2) Der Euro-Fiskalpakt wird in das primäre EU-Recht übernommen. (3) Ein EU-Wirtschafts- und Finanzminister ist gleichzeitig Vizepräsident der Kommission und Chef der Eurogruppe. (4) Die Kommission erarbeitet Instrumente, um nationale Haushaltsfunktionen zu stabilisieren, insofern diese für die EU und die Eurozone relevant sind.

## **Europäischer Alltag**

Von solchen Projektionen ist der europäische Alltag meilenweit entfernt. Die Rest-EU der 27 ist den sechs Gründerstaaten unähnlich geworden. Der „lange Gang nach Westen“ während der Blockkonfrontation hat die west- und osteuropäischen Völker einander entfremdet. Helmut Kohl hat vor Freude geweint, als die Osterweiterung der EU beschlossen war. Doch das Einfühlungsvermögen der Westeuropäer in den Mentalitätswandel der neuen EU-Bürger ist nicht mitgewachsen. Polen war im 19. Jahrhundert geteilt, wurde von Nazi-Deutschland zerstört und von den Sowjets nach Westen verschoben. Ungarn verlor 1920 zwei Drittel seines Territoriums. Die mitteleuropäischen Völker sind dabei, sich vom Osmanischen Reich, von der Habsburger Monarchie, von der Sowjetmacht und von der marktradikalen wirtschaftsliberalen Magie des Westens zu befreien. Die deutsche Mittelschicht kennt Polen, Ungarn und Tschechen oft nur als Pflegekräfte, Putzfrauen und Postzusteller.

Wer fremdelt, neigt zur Rivalität: Die deutsche Finanzverwaltung klammert sich an die Idee eines Kerneuropas und dessen Peripherie, einer EU der zwei Geschwindigkeiten sowie der Dominanz leistungsfähiger Nordstaaten über die Länder des Südens. Eurozone und Währungsfonds dienen als Instrumente, die Peripherie zu disziplinieren. Inzwischen sind sie deren Sprengsatz.

Eine deutsch-französische Achse wird von südlichen und östlichen Mitgliedsländern als hegemonialer Anspruch empfunden. Westliche Alleingänge mit afrikanischen Ländern, um Geflüchtete abzuwehren, lösen den Widerstand kleinerer Länder sowie trotzig Gegenreaktionen aus. Inzwischen sind Anti-Koalitionen entstanden: club med, Visegrád, Westbalkanstaaten, Drei-Meere-Koalition. Die Polarisierung innerhalb der EU reizt China zu verlockenden Angeboten an die Gruppe der „16 + 1“.

Die EU sollte sich von dem Wirrwarr jener vier kollektiven Akteure verabschieden, die derzeit relativ beliebig die Letztkompetenz beanspruchen, sich jedoch wechselseitig blockieren. Das sind (1) der Europäische Rat, (2) die Euro-Staaten, die völkerrechtliche Verträge schließen, (3) die Kommission, das EU-Parlament und der Ministerrat, Träger der ordentlichen EU-Gesetzgebung und (4) die EZB, herausragender Stabilitätsanker einer Währungs- und Sozialunion. Mit mehr Bodenhaftung und mehr Respekt vor der Identität der mittelosteuropäischen Länder sind zumindest die Zielmarken Jean-Claude Junckers und Emmanuel Macrons nicht falsch gesetzt. Allerdings ist die EU eine Doppeldemokratie; ohne eine Balance souveräner Nationalstaaten und supranationaler Souveränität hat sie keine dauerhafte Zukunft.